

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 13.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 CBN.

Köln, den 26. März 1915.

Inserationspreis für die viergep. Zeitsp. 20 Pfg. Stellengeluche und Angebote, sowie Anfragen der Zahlstellen können die Schriftredaktion und Expedition bei Nr. 15 CBN, Poststraße 9, Telefon Nr. 1.149. — Redaktionschluss für Montag Mittag.

16. Jahrg.

Brotversorgung im Krieg.

Unsere Landwirtschaft und die Gewerbe, welche die landwirtschaftlichen Produkte verarbeiten und den Konsumenten zuführen, müssen sich jetzt, ebenso wie die Arbeiter, einer Reihe von Vorschriften unterwerfen, die nicht nur als lästig empfunden, sondern auch stark das Eigentums- und Selbstbestimmungsrecht berühren. Dennoch kann gegen die bundesrätlichen und landespolizeilichen Verordnungen im allgemeinen und grundsätzlich nichts eingewendet werden. Sie sind nötig, um die Volksernährung während des Krieges und darüber hinaus sicherzustellen.

Nicht nur England geht darauf aus, das deutsche Volk durch Hunger endgültig niederzuwerfen, auch die Verbündeten und Schergen Englands, Frankreich und Rußland, haben dieses Mittel zum selben Zweck längst ins Auge gefaßt. Bei Beratung des französischen Marinebudgets im Juni 1914 ist das vom Berichterstatter des französischen Parlaments ausdrücklich bestätigt worden. Der Berichterstatter Chauteaup betont damals, daß der Ausbau der französischen Flotte auch deshalb nötig sei, um dem Dreiverbande die Ueberlegenheit zur See über die Flotten Deutschlands, Oesterreichs und Italiens zu sichern. Die Blockade deutscher Küsten durch die englische und russische Flotte und damit die Verhinderung der Zufuhr wäre möglich. Es müsse aber weiter verhindert werden, daß Deutschland Rohstoffe und Lebensmittel über österreichische und italienische Häfen erhalte. Infolge der dann eintretenden schweren wirtschaftlichen Erschütterungen würde es Deutschland unmöglich, einen Krieg von längerer Dauer zu führen. Das Hauptziel der französischen Flottenpolitik müsse also sein, Herrschaft über das Mittelmeer zu sichern.

Deutschland ist, wie bekannt, eifrig bestrebt, die Ausfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln über Rumänien nach Ost- und Westeuropa zu verhindern. Wir sind also bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln während des Krieges einzig und allein auf die heimische Landwirtschaft und Gartenbau angewiesen. Daß es so kommen könnte, darauf haben umsichtige Männer seit Jahren aufmerksam gemacht und sich die Förderung und den Schutz der deutschen Landwirtschaft angelegen sein lassen. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat sich auch in diesem Punkte als weitsichtig erwiesen und hat bei der Frage des landwirtschaftlichen Schutzzolls, ungeachtet ihrer Konsumenteninteressen, sich diesem nicht widersetzt. Bei den schweren Zollkämpfen anfangs 1900 hat unter anderem auch der Schreiber dieses, Abgeordneter Schürmer, in der bayerischen Abgeordnetenversammlung auf die volkswirtschaftliche und nationale Bedeutung eines leistungsfähigen Bauernstandes aufmerksam gemacht und den Segnern nach dem Stenogr. Bericht u. a. gesagt: „Durch den Niedergang des Bauernstandes entsteht aber auch eine nationale Gefahr; wir lämen in Abhängigkeit von anderen Staaten im Falle eines Krieges. Wir brauchen Getreide; wenn nun die Landwirtschaft durch Unrentabilität verschwindet, werden wir Getreide nicht mehr selbst produzieren können, und wenn andere Staaten für ihr Getreide Ausfuhrverbote erlassen, so haben wir in deutschen Vaterland einfach die Hungersnot.“

Jetzt ist gewissen Leuten, die dies nicht begreifen wollten oder konnten, auch ein Licht ausgegangen. Mit Recht sagte kürzlich ein Redner vor versammelten Industriellen und Fabrikanten in Düsseldorf: „Man versteht heute einfach nicht mehr, wie über diese Dinge überhaupt hat gestritten werden können.“ Ein fortschrittlicher Abgeordneter, Dr. Heckscher, hat seiner Befriedigung Ausdruck gegeben, daß er vor einer einseitigen Stellungnahme zur Landwirtschaft bewahrt geblieben ist. „Deutschland kann sich im Herzen Europas nur dann unabhängig behaupten, wenn es seine Landwirtschaft lebenskräftig erhält und weiter entwickelt.“ Und in den „Sozialistischen Monatsheften“ betont Julius Raliski: „Nach den Erfahrungen des Krieges wird niemand mehr verkennen, daß die Stellung der Landwirtschaft nicht als Frage einer Gewerkschaft, sondern als Angelegenheit der Nation zu behandeln ist. Die Erhaltung der Produktionskraft unserer Landwirtschaft ist die Zahlung selbst eines hohen Preises wert gewesen.“ Raliski tritt dann weiter für Beibehaltung einer Wirtschaftspolitik ein, die die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Kraft sichert. „Hierin liegt die Gewähr der Unbesiegbarkeit, um so mehr, wenn, wie jetzt geschieht, dem unwirtschaftlichen Verbrauch unserer wichtigsten Nahrungsmittel durch einschneidende Zwangsmaßnahmen entgegengetreten wird.“

Durch das Zolltarifgesetz von 1902 und die Handelsverträge von 1906 ist es gegen den Widerstand vieler Kreise gelungen, die Landwirtschaft entsprechend zu schützen und ihr die Möglichkeit der Weiterentwicklung zu geben. Ihre Leistungsfähigkeit lag seitdem gewaltig, so daß im letzten Jahre an Fleisch nur mehr etwa 5 Prozent und an Getreide nur etwa 15 Prozent vom Auslande bezogen werden mußten. Der Präsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft berechnete die letzte Produktionsleistung der vorhandenen

Vorräte auf 160 Millionen Doppelzentner, den Bedarf auf 184 Millionen, sodaß ein Ueberschuß von 26 Millionen Doppelzentner vorhanden wäre. Der Einfuhranstieg von 50—60 Millionen Doppelzentner Futtermittel und Kraftfutter ist jedoch hier nicht in Rechnung gestellt. Um die Volksernährung unbedingt sicherzustellen, ist deshalb das Verschüttern von Getreide verboten und der Mehl- und Brotverbrauch gesetzlich beschränkt worden. Es gilt nun noch den Anbau sicherzustellen, dann wird, bei richtigem Zusammenwirken aller, der Feind uns nicht aushungern können.

Zum gleichen Kapitel bringt die Nummer 6 des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften einen längeren Artikel, der sich des näheren mit der Frage beschäftigt, wie die Landwirtschaft z. B. das Verständnis für jene Notwendigkeiten in den übrigen Volksschichten lohnt. Zutreffend führt das „Zentralblatt“ aus: Gerade die Waren, die die Massen zur Ernährung ihrer Existenz nicht entbehren können (Getreide, Hülsen, Kartoffeln etc.), weisen gegenwärtig die größte Preissteigerung und zwar eine solche von 100 und mehr Prozent auf. Allein an Speisekartoffeln, wovon in Deutschland im Kriegsjahr 1914/15 rund 350 Millionen Zentner verbraucht werden, wird den Konsumenten von den Bauern und Händlern etwa eine Milliarde Mark mehr abgenommen als in normalen Jahren. Gegen eine Preissteigerung von 20—30 Prozent hätten wir bestimmt nichts gesagt; damit wären die landwirtschaftlichen Mehraufwände zur Kriegszeit gedeckt gewesen. Wogegen wir uns wenden, und worin wir bei den breitesten landwirtschaftlichen Kreisen kein Verständnis finden, das sind die Preistreiberien, die sachlich nicht begründet und nicht bloß auf den Handel zurückzuführen sind. In den letzten Jahrzehnten sind, infolge der starken Abperrung Deutschlands gegen ausländische Nahrungsmittel, der deutschen Landwirtschaft zahlreiche Milliarden Mark zugeflossen, die größtenteils von den übrigen deutschen Volksgenossen getragen werden mußten. Die deutsche Landwirtschaft erzielt daher schon in normalen Zeiten sehr gute Preise; diese gönnten wir ihr. Was uns in der Gegenwart empört, ist dieses: In Friedenszeiten sperrte sich Deutschland selbst vom Auslande ab, um die einheimische Landwirtschaft zu kräftigen und ihr gute Preise zu sichern, während jetzt in Kriegszustand umgekehrt das Ausland uns die Nahrungsmittelzufuhr gesperrt hat, und in solcher Situation hat das Organ des Bundes der Landwirte, die Deutsche Tageszeitung, den Mut, auszusprechen, daß auch in Kriegszustand Angebot und Nachfrage den Preis zu bestimmen habe. Zur Charakterisierung dieser ganzen Politik stimmt auch heute noch der Satz, den Ludwig von Gerlach einst seinen großbäuerlichen Junkern gegenüber entgegengehalten hat: „Ihr steht mit dem Rücken gegen den Staat und mit der Vorderfront gegen den heimlichen Mißhaufen.“ Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauslagern zu können, daß die kurzfristige Politik, die in der Kriegszeit von den breitesten landwirtschaftlichen Kreisen befolgt wird, sich einst schwer rächen wird.

Aus dem Oberschlesischen Industrieviertel.

In Oberschlesien herrschen die Verhältnisse zur Zeit recht wilde Verhältnisse. Die mit den Organisationen im Vertragsverhältnis stehenden Tischlermeister von Beuthen, Königshütte, Kattowitz und Gleiwitz scheinen der Ansicht zu sein, Verträge wären nur dazu da, damit in Zeiten stotter Konjunktur die Gesellen nicht höhere Löhne fordern könnten. Nicht anders klingt es, wenn Herr Cohn von Königshütte in der Schlichtungskommission den Antrag stellt, der Vertrag solle für eine Anzahl Positionen während des Krieges außer Kraft gesetzt werden. Freilich fand er mit solchen Anträgen keine Gegenliebe bei den Arbeitern. Da es Herrn Cohn aber vorwiegend auf die Montagetarbeiten ankommt, sucht er sich schnell einen andern Weg. Er erklärt die Gesellen, die bisher als Lohnarbeiter bei ihm arbeiteten, für selbständige Unternehmer und übergibt ihnen die Arbeiten. Neben der Erparung der Versicherungsbeiträge sollen ihm niedere Preise hier auch noch zum Geschäft verhelfen. Hierbei scheint sich Herr Cohn auch nicht, Leute zu beschäftigen, über deren „Schmutzkonturen“ er früher nicht genug jammern konnte.

In Kattowitz ist es besonders die Firma Rajet, die nachgerade bei allen anständigen Tischlern gefürchtet wird. Ausdrücke wie „Lumpen“, „Schweine“ usw. werden da den Gesellen nur so an den Kopf geworfen. Leider findet Herr Rajet Leute, die sich dieses bieten lassen. Ueberhandnahme von Montageschlägen usw. sind Dinge, die Herr Rajet nicht erfassen kann. Mit diesen Fragen sollte sich am 15. eine Betriebsversammlung befassen. Eine „treue Seele“ hatte aber Herrn Rajet schleunigst informiert und als die Kollegen zum Versammlungsort kamen, erklärte der Inhaber, daß er das Lokal nicht hergeben könne. Sollte er doch dadurch mit den Arbeitgebern in Konflikt kommen können. In einem andern Lokal konnte die Versammlung nicht stattfinden, weil

die Kollegen „keinen Krug umhätten.“ Herr Rajet hat Heeresaufträge und sind auch eine Anzahl Leute reklamiert. Im Betrieb hängt nur ein Anschlag, daß diejenigen Arbeiter, die aufhöhen, sich beim Bezirkskommando melden müssen. Als vor einigen Wochen drei Maschinenarbeiter die schöne Behandlung sich nicht gefallen lassen wollten, nahmen sie ihre Entlassung. Beim Bezirkskommando sich meldend, wurden sie einige Tage später eingezogen. Das hat alle andern abgeschreckt, nochmal gegen den Stachel zu lösen. Herr Rajet sollte aber trotzdem nicht glauben, daß seine Bäume in den Himmel wachsen. Die Heeresverwaltung kann es sicher nicht wollen, daß in den Betrieben, die sie mit Aufträgen beauftragt hat, die Arbeiterschaft so behandelt wird. Die notwendigen Schritte sind bereits unternommen. — Auch die übrigen Meister in Kattowitz sollten sich gefaßt sein lassen, daß die Verträge nicht nur für die Friedenszeit sind.

In Gleiwitz war es noch kurz vor der Mobilmachung geschehen, den Vertrag zu erneuern. Eine Frau hat die Firma Gurski. Sie stört sich nicht an den Tarif. Jetzt hat die Firma große Aufträge in Bagagewagen. Da soll nun das Oberteil bei den kleinen Wagen für 45 Mk. und für die großen Wagen für 70 Mk. gemacht werden. Daß da die Kollegen keinen Anteil am Kriegsgewinn haben, wird jeder zugeben müssen. Leider will es ein Teil der Arbeiter nicht besser, sonst würde auch Gurski andere Preise zahlen und besonders auch zur Unterzeichnung des Vertrages sich bereitfinden.

Am 1. März sollte im Industrieviertel die vertragliche Lohnhöhung eintreten. Bis jetzt hat sie wohl keine einzige Firma gezahlt.

Die Verhältnisse in Oberschlesien sind so alles andere als wie zufriedenstellend. So lange die Kollegen aber selbst nicht besser dahinter sitzen, wird es kaum besser werden.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 13. Wochenbeitrag im Jahre 1915 für die Zeit vom 22. bis 28. März fällig ist.

Verbandsstatistik. Die Zahlstellen werden ersucht, rechtzeitig zum 28. März den Fragebogen über die Unterhaltungsanzahlungen und den Stand der Zahlstellen fertigzustellen und einzuschicken. Es erfolgt dieses zweckmäßig gleichzeitig mit der Abendung der Arbeitslosenmeldebarte für den Monat März, die bekanntlich bis zum 4. April an der Zentralstelle eingetroffen sein muß, damit die Angaben für das reichsstatistische Amt verwertet werden können. Keine Zahlstelle darf hierbei zurückbleiben.

Rundschau.

Der Reichstag

Ist am 10. März zu einer ordentlichen Sitzung zusammengetreten. Außer dem Reichshaushaltsetat und den damit zusammenhängenden Fragen, sind noch zwei Gesetzentwürfe zu beraten. Es handelt sich um die Ausgabe von weiteren Reichsbanknoten zu 10 Mk., sowie um ein Städtischhandelsmonopol. Die Landwirtschaft und Industrie, nun auch die Pulver- und Sprengstoffindustrie haben bisher Salpeter aus dem Ausland bezogen. Während des Krieges ist das nicht möglich. Der deutschen Wissenschaft und Technik ist es gelungen künstlich Salpeter und Stickstoff aus der Luft herauszuholen. Die erste beratige Anlage ist in Troßberg errichtet worden. Um diesen Anlagen den Bestand zu sichern, soll nun ein Handelsmonopol errichtet werden. Um die Nachfrage befriedigen zu können, sollen für 120 Millionen Mk. weitere Reichsstassenscheine ausgegeben werden. 200 Millionen Mark Reichsstassenscheine zu 10 Mk. sind bereits im Umlauf.

Die Beratung des Etats wurde eingeleitet mit einer Rede des neuen Schatzsekretärs Dr. Helfferich. Er betonte, daß die Rechnung für das zu Ende gehende Finanzjahr trotz des Krieges mit einem Ueberschuß abschließen werde. Gegenüber den uns feindlichen Staaten sind die Finanzen des Reichs, dessen Leistungsfähigkeit und Volkswirtschaft weit voran. Zu den bereits genutzten 10 Milliarden sind weitere 10 Milliarden Mark Kriegskredit nötig, die bei Fortdauer des Krieges bis zum Spätherbst ausreichen. So schwer diese Opfer auch sind, größer sind die an Gut und Blut, die Deutschlands Söhne auf den Schlachtfeldern erleiden und die sie ohne Murren in heiliger Pflichterfüllung tragen. Vor diesem Opfermut, sagte der Schatzsekretär mit Recht, können wir Dabeimgeliebene auch nur still verneigen. Der Krieg wird nicht nur mit Blut und Eisen, sondern auch mit Brot und Geld geführt. Deshalb müssen auch hierfür Opfer gebracht werden. Wer Reichsanleihen zeichnet und die Brotversorgung sichern hilft, der hilft unseren Soldaten im Felde den Sieg gewinnen. Reich ungeheure Summen der Krieg verdrängt, geht

